

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„ENTEIGNUNG“?

Erst das „Bankenrettungsgesetz“, das 500-Milliarden-Angebot an die Bankiers und Spekulanten – und jetzt ein „Enteignungsgesetz“, das SPD-Finanzminister Steinbrück vorbereitet. Es soll ermöglichen, Banken, die im Sturm der Krise unterzugehen drohen, wenn nötig auch auf der Grundlage der Enteignung zu verstaatlichen – „Enteignung gegen angemessene Entschädigung“.

Unmittelbarer Anlass für eine solche Gesetzesinitiative ist die Hypo Real Estate (HRE). „Man kann nicht auf Dauer Milliardensummen in ein großes schwarzes Loch pumpen“, warnt Steinbrück. Nachdem die HRE schon rund 92 Mrd. Euro an Krediten und Bürgschaften vom Staat und anderen Banken erhalten hat, ist jetzt die Rede davon, dass HRE eine erneute staatlichen Finanzspritze von 10 Mrd. Euro zum Überleben benötigt – und Analysten gehen davon aus, dass damit noch keineswegs dieses unersättliche Loch gestopft ist.

„Außer dem Staat kann keiner mehr helfen“, wundert sich eine in Panik geratene Bundeskanzlerin Merkel. Kein Banker und auch nicht der US-Finanzinvestor J. C. Flowers, mit 24% Großaktionär der HRE, muss von einer „Verstaatlichung“ à la Große Koalition etwas befürchten.

Ganz im Gegenteil überbieten sie sich gegenseitig mit Rufen nach Staatshilfen.

Das von Steinbrück im ersten Entwurf vorliegende Gesetz zur „Verstaatlichung von Banken“ soll die bis zum 31. Dezember 2009 (!) befristete Möglichkeit schaffen, „zur Sicherung des öffentlichen Gutes ‘Finanzmarktstabilität’ Anteile an einem Unternehmen des Finanzsektors und Wertpapierportfolien gegen angemessene Entschädigung (!) zugunsten des Bundes oder des Finanzmarktstabilisierungsfonds zu verstaatlichen“.

Um diese Banken nach vollbrachter Finanzierung der Verluste und „Stabilisierung“ der Spekulations- und Renditebedingungen auf Kosten der Ruinierung des

Staatshaushaltes wieder in die Privatisierung zu entlassen.

Zur Rechtfertigung erklärt Merkel, dass die mögliche „Verstaatlichung“ nur dann „sinnvoll“ ist, wenn sie „für den Steuerzahler billiger wird“.

Kann man die Verhöhnung der Bürger noch weiter treiben?

Kaum noch erfassbare Milliardensummen sind schon aus den öffentlichen Haushalten an die Bankiers und Spekulanten geflossen und sollen weiter fließen. Die Große Koalition lässt die Bevölkerung, den Steuerzahler, bluten dafür, dass Spekulationsverluste aufgefangen und frische Milliarden für die Spekulation bereitgestellt werden.

So soll insgesamt in den Tresoren der deutschen Banken Bilanzschrott im Wert von bis zu 1 Billion Euro liegen. Das Finanzministerium unter Steinbrück geht schon davon aus, dass das 500-Milliarden-Rettungspaket nicht ausreicht. Die 80 Milliarden Euro an direkter Kapitalhilfe sind bald aufgebraucht, nötig seien wohl bis zu 200 Mrd. Euro.

Dazu gibt es keine Alternative?

Keine Alternative zu dieser Politik von Steinbrück in der Großen Koalition, die entschieden vorangetrieben wird von der engeren SPD-Parteiführung?

Keine Alternative zu einer Politik, die zur Rettung des „Funktionierens des Finanzsystems“, der Aufrechterhaltung der Spekulation, auch nicht vor dem Mittel einer „Verstaatlichung“ zurückschreckt, einer „Enteignung“, natürlich bei „angemessener Entschädigung“?

So scheut sich J. C. Flowers, dessen Aktien-Anteile kaum noch etwas wert sind, nicht, die Regierung unter Druck zu setzen, um eine möglichst hohe Entschädigung, d.h. weit über dem aktuellen Marktwert, zu erpressen.

Keine Alternative zu dieser Politik einer gigantischen Umverteilung von arm

zu reich, einer noch schlimmeren Fortsetzung der Agenda-Politik; einer Politik der schamlosen Abwälzung der Kosten der Krise auf die Gesellschaft, die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien, um den Verantwortlichen, den Bankern, Spekulanten, den großen Vermögen und Kapitaleignern, ihre Rendite und Spekulationsgewinne zu sichern?

SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen rufen auf zu einer **bundesweiten Konferenz:**

„Können wir akzeptieren, dass die Führungsverantwortlichen der SPD, Müntefering, Steinmeier und Steinbrück (...) im Rahmen der Großen Koalition das Land der sozialen Katastrophe ausliefern und die SPD in immer neue Niederlagen und in die Selbstzerstörung führen? Dass sie die SPD in den Bundestagswahlen am 27. September in ein noch schlimmeres Desaster treiben?“

Es muss sofort Schluss sein mit der Verschleuderung von immer neuen Milliarden an die Banken, zur Nahrung der Spekulation, fordern die SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen:

„Müssen die ersten dringlichen Maßnahmen eines Schutzprogramms nicht sein:

– Enteignung und Verstaatlichung der Privatbanken mit allen Vermögenswerten, Verbot der Spekulation;

ein einziger öffentlicher Bankensektor für die Kreditversorgung der produktiven Wirtschaft und der staatlichen Investitionen?

Wir rufen alle SozialdemokratInnen auf, die politische Kraft zu sammeln, um für Sofortmaßnahmen einzutreten zum wirklichen Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise, zum Schutz vor Verarmung und sozialer Not – für den Bruch der SPD mit der fortgesetzten zerstörerischen Agenda-Politik und für ihre Befreiung von den dafür Verantwortlichen.“ (s. Einladung S. 3 und 4) – CARLA BOULBOULLÉ